



Gute Arbeit statt digitalem Feudalismus

Sie heißen Clickworker, Textbroker oder Freelancer– Online-Portale, auf denen Unternehmen unter anderem Texte erstellen lassen können, bzw. Autorinnen und Autoren diesen ihre Dienste anbieten. In den vergangenen Jahren sind diverse dieser Unternehmen auf den Markt gegangen – auch in Deutschland steigt die Zahl der Nutzer sowohl auf Anbieter- als auch auf Kundenseite. Dabei gilt das Prinzip: Viele Rechte den Kunden, kaum Rechte den Anbietenden. Textaufträge werden in kleinste „Portionen“ aufgeteilt an denen dann viele verschiedene Menschen arbeiten. Die durchschnittlichen Verdienste bei diesem Crowdfunding werden von den Portalbetreibern geschönt dargestellt, die realen Erlöse scheinen größtenteils unterirdisch. Im Netz finden sich zahlreiche Erfahrungsberichte von Crowdworkern, aus denen man schließen kann: Der digitale Feudalismus greift um sich.

Das aber kann keine moderne demokratische Gesellschaft wollen. Was wir stattdessen brauchen ist gute Arbeit, auch und gerade in einer zunehmend digitalisierten Welt. Deshalb mischen wir Gewerkschaften uns ein in die Debatten um die digitale Zukunft, damit die Rechte der Beschäftigten, aber auch der selbständig Arbeitenden nicht auf der Strecke bleiben. Dies gilt auch im Medienbereich, der von den Umbrüchen der Digitalisierung schon lange erfasst wird. Sicher ist es eine schwierige Aufgabe, neue Regulierungsmechanismen für immer neue Technologien zu entwickeln. Doch ohne sie wird es ein Rollback in vorindustrielle Zeiten geben, bei dem die schwer erkämpften Absicherungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Bach runter gehen. Wir wollen, dass von den positiven Aspekten der digitalen Entwicklung möglichst viele profitieren. Und dazu gehört gute Arbeit mit einem ordentlichen Einkommen, sozialer Absicherung und einklagbaren Rechten.

Reiner Hoffmann

Themen:

DGB zur Digitalen Agenda	2
DW nutzt Outernet	3
Presseauskunftsgesetz	4
Mindestlohn: Anspruch für fast alle Zusteller	5
Tendenzschutz abschaffen	6
Medienkonvergenzmonitor	6
Behinderung von Journalisten in den USA	7
WDR-Projekt: Deine Arbeit, dein Leben	8
SWR weist Kritik an Rankinghandbuch zurück	9
ZDF Jahrbuch nur online	10
Tarifeinigung bei dpa	11
ver.di: madsack nimmt Jobs	11
Autoren für fairen Buchmarkt	12
Medienfrauen: Kritik an Medientagen	13
Kowalski und Schmidt	14
Medienlinks	15
Lesetipps	16
Veranstaltungen	16
Impressum	17



DGB: Digitale Agenda vernachlässigt Risiken für Beschäftigte

Die Mitte August vorgestellte Digitale Agenda der Bundesregierung vernachlässigt nach Meinung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) die mit der fortschreitenden Digitalisierung der Wirtschaft verbundenen Risiken für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. „Der DGB begrüßt den hohen Stellenwert, den die Bundesregierung dem Ausbau der digitalen Infrastruktur beimisst. Die digitale Agenda für morgen darf aber nicht bei Fragen der Infrastruktur und den technologischen Voraussetzungen für den Erhalt unserer Konkurrenzfähigkeit stehen bleiben“, erklärte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann in Berlin: „Die Anforderungen sind weit höher: Sie muss die Weichen stellen für eine Arbeitswelt der Zukunft, in der die Digitalisierung nicht zu neuen Formen der Ausbeutung führt, sondern zu Verbesserungen bei den Löhnen, den Arbeitsbedingungen, den Arbeitnehmerrechten und der sozialen Sicherheit.“

Hinter dem Anspruch, einen Fahrplan für die Gestaltung der digitalen Arbeitswelt zu liefern, bleibe die Agenda der Bundesregierung weit zurück. Zwar werde hervorgehoben, die Digitalisierung solle zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen. „Das ist ausdrücklich zu begrüßen. Vernachlässigt werden aber die Arbeitnehmer-Risiken, die mit einer fortschreitenden Digitalisierung der Ökonomie verbunden sind. Zu neuen Formen der Arbeitsorganisation wie 'crowdworking' finden sich nur Stichworte“, so Hoffmann. Weitgehend blind zeige sich die Agenda gegenüber einer digitalen Ökonomie, die dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen bleibt, und damit zu Missbrauch geradezu auffordert. So bleibe die Bundesregierung auch eine Antwort schuldig, welche staatlichen Rahmenbedingungen künftig für neue Wirtschaftsformen wie die "Share Economy" gelten sollen, um das Aufblühen oftmals prekärer Solo-Selbstständigkeit zu verhindern.

„Die Förderung guter Arbeit muss jedoch zu einem zentralen Element der digitalen Agenda werden“, fordert der DGB-Vorsitzende. „Die Digitalisierung muss im Sinne der Beschäftigten gestaltet werden. Dazu gehören beispielsweise ein umfassender Beschäftigtendatenschutz, die Anpassung von sozialen Sicherungssystemen, Arbeitsschutzvorschriften und des Mitbestimmungsrechts an mobile und digitale Arbeit. Wir brauchen eine Arbeitsforschung für die neuen Herausforderungen sowie Investitionen in ein Bildungssystem, das lebenslanges

Digitale Agenda als PDF:
<http://tinyurl.com/nmpah45>

Lernen ermöglicht.“ Auch die Entwicklung zur Industrie 4.0 müsse darauf ausgerichtet werden Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen zu sichern.

„Die digitale Agenda wird nur dann ein Erfolg werden, wenn sie für die Menschen konkrete Verbesserungen im Lebens- und Arbeitsalltag bringt. Nur so können wir auch im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe, Produkte und Dienstleistungen erfolgreich bestehen. Wir nehmen deshalb die Bundesregierung beim Wort, dass sie den Dialog mit den Sozialpartnern suchen wird, um Chancen und Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt umfassend zu diskutieren und die Agenda in diese Richtung weiter zu entwickeln. Die Meseberger Gespräche mit der Bundeskanzlerin, die Anfang September anstehen, bieten uns hierfür eine erste Gelegenheit“, erklärte der DGB-Vorsitzende.

DW: Nachrichten weltweit über „Outernet“

Die Deutsche Welle (DW) verbreitet künftig ihre journalistischen Inhalte auch über das Satellitennetz von „Outernet“. Die DW und der Internetprovider haben eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Die neue Plattform „Outernet“ will die digitale Kluft im weltweiten Zugang zu Informationen überwinden. Der Provider plant ein Netz von Nanosatelliten, um ausgewählte Internetseiten in jeden Winkel der Erde zu transportieren. Die Informationen können kostenlos empfangen werden. DW-Intendant Peter Limbourg: „Outernet tritt für viele Werte und Ziele ein, für die auch die Deutsche Welle maßgeblich steht. Das Satellitennetz ist ein deutliches Signal an alle, die das Internet zensieren oder den Zugang einschränken wollen.“ Da der Empfang technisch einfach und ein effizientes Stören (Jamming) aufgrund der Vielzahl kleiner Satelliten kaum möglich sei, könne die Zusammenarbeit der DW mit Outernet „zur Netzneutralität beitragen und Zensurmaßnahmen umgehen“. „Mittelfristig verbinden wir damit die Hoffnung, unsere Zielgruppen gerade in Krisengebieten und Ländern mit stark eingeschränkter Pressefreiheit noch besser zu erreichen“, sagte Limbourg.

Thane Richard von „Outernet“ erklärte: „Wir setzen auf Inhalte – insbesondere Nachrichten – mit globalem Fokus. Die Zusammenarbeit mit der DW ist ein wichtiger Schritt bei der Überbrückung der digitalen Kluft, weil sie uns ermöglicht, verlässliche Nachrichten und weitere relevante Inhalte zu unseren Nutzern zu bringen.“ Nutzer können die Empfänger entweder kaufen oder selbst bauen. Alle Software und Hardware, die zum Empfang nötig ist, wird unter

Anleitungen zum Empfang des
Signals unter:
www.outernet.is

Open-Source-Lizenz bereitgestellt. Sobald der Empfänger das Satellitensignal registriert, leitet er es lokal weiter und ermöglicht jedem WiFi-Gerät in der Umgebung, die Inhalte anzuzeigen. „Kein anderer Informationsweg ermöglicht eine so breite Auswahl an Inhalten oder tatsächlich weltweit verfügbaren Sendungen“, so Richard. Outernet hat vor wenigen Tagen eine offizielle Testphase begonnen. In diesem frühen Stadium ist der Dienst in Europa, Nordamerika, in Nahost und Nordafrika zu empfangen. Das Angebot der DW ist während der gesamten Testphase verfügbar.

Notwendig: Bundesgesetz zum Presseauskunftsrecht

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) begrüßt das Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin, mit dem Auskunftersuchen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) für Journalistinnen und Journalisten künftig nicht mehr mit hohen Gebühren belegt werden können. Der Fall zeige aber auch, dass ein Presseauskunftsgesetz auf Bundesebene nötig ist, so ver.di. Auskunftersuchen nach dem IFG wurden von Behörden bisher häufig mit einer immensen Gebührenforderung beantwortet. Der Praxis, eine Anfrage zu zerstückeln und dadurch höhere Gebühren zu rechtfertigen, hat das Verwaltungsgericht Berlin mit seiner Entscheidung vom 11. Juli 2014 jetzt eine deutliche Absage erteilt (AZ VG 2 K 232.13). Das Bundesministerium des Inneren (BMI) hatte drei Anfragen von Journalisten mit 66 Einzelbescheiden beantwortet und entsprechend hohe Gebühren festgesetzt. Mit seinem Urteil hat das Berliner Gericht jetzt festgestellt, dass dieses Vorgehen willkürlich war. Die Gebühren von ursprünglich 14.952,20 Euro wurden für unzulässig erklärt. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di, Ulrich Janßen, sagte dazu: „Zwar wissen wir noch nicht genau, wieviel die Kollegen am Ende für ihre Anfragen zu bezahlen haben, aber immerhin: Die Entscheidung hindert Behörden an einer abschreckenden Gebührenpolitik gegenüber recherchierenden Journalisten. Das ist ein richtiger Schritt. Recherchen durch eine Stückelung von gebührenpflichtigen Auskünften zu verteuern, liefe auf eine Einschränkung der grundgesetzlichen Pressefreiheit hinaus.“

Was recherchierende Journalistinnen und Journalisten aber eigentlich brauchen, sei ein Anspruch auf kostenlose Behördenauskünfte. Deshalb ist das IFG nach Auffassung der dju kein gleichwertiger Ersatz für ein Presseauskunftsgesetz des Bundes – auch nicht nach der aktuellen Berliner Gerichtsentscheidung. „Die dju hält an ihrer Forderung nach einem Bundespresseauskunftsgesetz fest“, betonte

Das Urteil:

<http://tinyurl.com/pmz9vq7>

Janßen. Auf Landesebene gelten solche Pressegesetze bereits, aber nach herrschender Rechtsprechung sind die Bundesbehörden daran nicht gebunden. „Diese Lücke muss der Gesetzgeber endlich schließen“.

Mindestlohn: Fast alle Zusteller mit vollem Anspruch

Die meisten der rund 300.000 Zeitungszustellerinnen und -zusteller in Deutschland haben Anspruch auf den vollen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, der ab Januar 2015 gilt, stellt die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fest. Denn die gesetzliche Mindestlohn-Ausnahme gilt nur für solche Zeitungsboten, die ausschließlich Zeitungen oder Anzeigenblätter in Briefkästen werfen. Da aber fast alle Zeitungszustellerinnen und -zusteller für die Verlagsunternehmen neben dem Hauptprodukt Zeitung auch Werbeprospekte und Briefe austragen, fallen sie nicht unter den reduzierten Mindestlohn von 6,37 Euro im Jahr 2015, sondern müssen den vollen Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde erhalten, teilte ver.di Mitte August mit. Die Zeitungszustellerinnen und -zusteller, die in ver.di organisiert sind und auch Werbung und Briefe ausliefern, werden deshalb gewerkschaftlichen Rechtsschutz bei der Durchsetzung des vollen Mindestlohnanspruchs erhalten. Die Gewerkschaft fordert die Zustellerinnen und Zusteller außerdem auf, Betriebsräte zu wählen, da diese ihre Mitbestimmungsrechte auch nutzen können, um die korrekte Zahlung des Mindestlohns zu überprüfen.

Während des Gesetzgebungsverfahrens hatten die Verleger eine generelle Mindestlohn-Ausnahmeregel für ihre Geschäfte gefordert. Dafür hatten sie behauptet, die Pressefreiheit wäre durch den Mindestlohn gefährdet, was ver.di in einem Gutachten widerlegte. In den vergangenen Jahren sind viele Zeitungsverlage in das Postgeschäft eingestiegen, wobei sie ihre Zeitungszustellerinnen und -zusteller verpflichteten, auch Briefe auszutragen. Die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns wird behördlich von der Finanzkontrolle Schwarzarbeit überprüft. Die Zoll-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen laut ver.di in Zeitungsverlagen dabei auch überprüfen, ob nicht fälschlicherweise unter Berufung auf die gesetzliche Ausnahme ein zu niedriger Lohn bezahlt wurde.

Tendenzschutz abschaffen

Der Deutsche Journalisten-Verband hat Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles aufgefordert, die Abschaffung des Tendenzschutzparagrafen in Angriff zu nehmen. In einem Schreiben an die Ministerin weist DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken darauf hin, dass sich der entsprechende Paragraf 118 Betriebsverfassungsgesetz zunehmend als Ärgernis erweise, weil das dort geschaffene Privileg von den Verlegern missbraucht werde. Auch die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert schon seit langem den Tendenzschutz abzuschaffen. „Der Tendenzschutz ist völlig unzeitgemäß und unmöglich. Das Ding gehört weg“, sagte Cornelia Hass, Geschäftsführerin der Deutschen Journalistenunion (dju) in ver.di und Bereichsleiterin Medienpolitik dem DGB-medien-newsletter. Der Tendenzschutz gesteht einem Verleger das Recht zu, die politische Meinung seiner Publikation festzulegen. Darüber hinaus beschränkt er für Unternehmen in der Medienbranche effektiv das Recht auf betriebliche Mitbestimmung, da das Betriebsverfassungsgesetz nur teilweise angewandt wird. Das habe zur Folge, so DJV-Vorsitzender Konken, dass die Betriebsräte auf die Daten angewiesen seien, die veröffentlicht würden. Sie könnten keinen Wirtschaftsausschuss bilden und im Falle von Betriebsänderungen keinen Interessenausgleich verlangen.



Medienkonvergenzmonitor für elektronische und Printmedien

Mit Hilfe eines „Medienkonvergenzmonitors“ wollen die Landesmedienanstalten aktuelle und valide Daten über den Stand und die Entwicklung der Rundfunk- und Medienlandschaft erheben und auswerten. Mit ihm können Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse sowie Auswirkungen auf die Medienvielfalt und die Meinungsbildung in Deutschland vor dem Hintergrund der fortschreitenden Konvergenz aufgezeigt und bewertet werden, hieß es in einer Mitteilung der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM), die das Projekt beschlossen hat. Erstmals werden dabei elektronische und Printmedien gemeinsam erfasst. Das Projekt besteht aus einem MedienVielfaltsMonitor und einer Datenbank, in der unter anderem die bislang schon erhobenen Zahlen und Fakten der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) zum Fernsehen um weitere relevante Daten (etwa aus dem Printbereich) erweitert werden. So sollen künftig auch Beteiligungsstrukturen und die

www.die-medienanstalten.de

crossmedialen Verflechtungen von 300 Zeitungsverlagen, 460 Zeitschriftenverlagen, 260 Lokalfunkanbietern sowie rund 200 Onlineanbietern ermittelt werden.

Der MedienVielfaltsMonitor stelle erstmals die für die Meinungsbildung relevanten Medien (Fernsehen, Hörfunk, Print & Online) vernetzt dar und sei damit ein übergreifender empirischer Ansatz um Meinungsmacht und Medienkonzentration in Deutschland zu messen. Er basiere auf neutral erhobenen Reichweitendaten der verschiedenen Medien und erlaube einen aktuellen „Blick von oben“ auf Medien, ihre Verflechtung und ihre Nutzung. DLM-Vorsitzender Jürgen Brautmeier sagte: „Das bestehende Medienkonzentrationsrecht ist vorrangig auf das Fernsehen konzentriert. Daher bleiben das durch die fortschreitende Konvergenz der Medien und das Internet veränderte Angebot und das Nutzungsverhalten der Menschen für die Messung von Meinungsmacht bislang weitgehend unberücksichtigt. Mit dem MedienVielfaltsMonitor können wir künftig sehr genau beobachten, wie sich die wichtigen Medien verändern und was das für das Nutzungsverhalten bedeutet.“ Den MedienVielfaltsMonitor hatte ursprünglich die Bayerische Landeszentrale für Neue Medien (BLM) entwickelt.

Ein zentraler Bestandteil des MedienVielfaltsMonitors ist eine repräsentative Studie zur Relevanz der Medien für die Meinungsbildung (Gewichtungsstudie). Die Studie soll unter anderem die Gewichte der Mediengattungen Fernsehen, Hörfunk, Tageszeitungen, Zeitschriften und Internet für die Meinungsbildung der Bevölkerung in Deutschland ermitteln. Außerdem wird die DLM ergänzende Schwerpunktstudien zu aktuellen Themen, wie den Einfluss von Suchmaschinen und Social Media auf die Meinungsbildung, durchführen lassen.



ROG: Behinderung von Journalisten in den USA nicht hinnehmbar

Reporter ohne Grenzen (ROG) ist schockiert über die willkürlichen Festnahmen und die Arbeitsbehinderung von Journalisten in der US-Stadt Ferguson. Dort wurden mehrere Medienvertreter von US-Polizisten bei ihrer Arbeit behindert und vorübergehend verhaftet, als sie über die Ausschreitungen im Bundesstaat Missouri berichteten. Auch zwei deutsche Journalisten wurden von der Polizei

www.reporter-ohne-grenzen.de

drei Stunden lang festgehalten. „Es ist völlig inakzeptabel, dass die Polizei in Ferguson Journalisten bei der Ausübung ihrer Arbeit behindert und sogar inhaftiert“, sagt ROG-Vorstandssprecherin Astrid Frohloff in Berlin. „Die aktuellen Vorkommnisse stellen gravierende Verletzungen der Pressefreiheit dar.“

Der deutsche USA-Korrespondent Frank Herrmann, der unter anderem für die Stuttgarter Zeitung und den österreichischen Standard schreibt und der Welt-Korrespondent Ansgar Graw waren vorübergehend festgenommen worden. Zu der Festnahme kam es, als die beiden rund um eine ausgebrannte Tankstelle in Ferguson recherchierten und diese auch fotografierten. Die Polizei hatte die Männer zunächst aufgefordert, auf keinen Fall stehen zu bleiben, sonst würde man sie festnehmen. Obwohl sich die beiden daran hielten, kamen schließlich Polizisten auf sie zu und banden ihnen mit Kunststoffhandfesseln die Hände auf dem Rücken. Die Frage von Welt-Korrespondent Graw nach dem Namen des verantwortlichen Polizisten wurde mit „Donald Duck“ beantwortet. In einem Gefangenentransporter wurden sie zunächst zu einer provisorischen Einsatzzentrale und dann ins Gefängnis von St. Louis gebracht. Dort verhörten Polizisten die Reporter mehrmals und durchsuchten sowohl ihre Kleidung als auch ihre Ausrüstung. Wiederholte Bitten nach Wasser und danach, telefonieren zu dürfen, blieben unbeantwortet. Erst nach rund drei Stunden kamen die beiden Journalisten wieder frei, zuvor wurden jedoch noch Fahndungsfotos von ihnen aufgenommen.

Auf der ROG-Rangliste der Pressefreiheit stehen die USA auf Platz 46 von 180 Ländern. Im Vergleich zum Jahr 2012 sind sie um 13 Plätze abgerutscht, unter anderem wegen der strengen Bestrafung von Whistleblowern.



WDR-Projekt: Deine Arbeit, Dein Leben

Wie sieht das Arbeitsleben der Menschen in NRW aus? Dieser Frage geht das WDR Fernsehen in dem Mitmach-Projekt „Deine Arbeit, Dein Leben!“ nach. Bis zum 29. September können die Nordrhein-Westfalen einen Monat lang Videos ihrer Arbeit per Smartphone oder Kamera aufnehmen und hochladen. Daraus produziert die preisgekrönte Regisseurin Luzia Schmid (u.a. Grimme Preis 2012) einen mindestens 60-minütigen Dokumentarfilm. Außerdem wird der WDR aus

www.deinearbeit.wdr.de

dem Filmmaterial ein Hörspiel umsetzen und die Videos multimedial auf deinearbeit.wdr.de in Szene setzen.

„Wir machen unser Programm für die Menschen in NRW - deshalb finde ich unser neues crossmediales Projekt ‚Deine Arbeit, Dein Leben!‘ so wichtig. Denn es funktioniert nur mit der Unterstützung und persönlichen Mitwirkung unseres Publikums. Dabei kann jeder selbst entscheiden, welche Einblicke - spannende, überraschende, nicht alltägliche - er in seinen ganz persönlichen Arbeitsalltag gewähren möchte“, erklärte WDR-Intendant Tom Buhrow zum Start der Aktion Mitte August. Mitmachen können bei „Deine Arbeit, Dein Leben!“ alle Nordrhein-Westfalen. Dabei geht es nicht darum, nur spektakuläre und außergewöhnliche Situationen zu zeigen. „Wir hoffen auf authentische und bewegende Einblicke in den Arbeitsalltag der Menschen in NRW. Wir wollen sehen, worauf sie stolz sind, warum sie gerne zur Arbeit gehen. Wie sieht der Azubi seine Arbeitswelt, wie die Rentnerin ihren Mini-Job? Wie geht der Automechaniker seinen Tag an, wie entscheidet der Jungunternehmer, was er als nächstes tut oder auch lässt. Wie definiert Arbeit unseren Tag? Wir möchten das ganze Bild des Arbeiterlandes NRW. Und uns interessieren auch Einsendungen, die zeigen, wie es ist, ohne Arbeit zu sein oder welche zu suchen“, so die Leiterin der Programmgruppe Dokumentationen im WDR, Christiane Hinz. Vom erfahrenen Hobbyfilmer bis hin zum Kamera-Anfänger kann jeder an dem Projekt „Deine Arbeit, Dein Leben!“ teilnehmen.

SWR weist Kritik an Ranking-Handbuch zurück

Der Südwestrundfunk (SWR) hat sich gegen Vorwürfe gewehrt, er habe mit einem Handbuch zu Ranking-Formaten der Manipulation von Ergebnissen Vorschub geleistet. Nachdem zunächst beim ZDF und dann auch in einigen ARD-Anstalten Manipulationen bei Rankingshows bekannt geworden waren, hatten jetzt einige Medien berichtet, dass der SWR seinen Redakteuren offenbar vorschreibe, die Ergebnisse von Rankingshows zu manipulieren, ohne die Änderung kenntlich zu machen. Dazu schrieb der SWR, es sei durchaus üblich, für formatierte Programme sogenannte Handbücher zu entwerfen, um sicherzustellen, dass die entsprechenden Sendungen die verabredete Zugehörigkeit zu einem Programmsegment für die Zuschauer erkennen lassen. Im SWR hätten dies die Kollegen im April 2011 für die Voting- und Ranking-Formate im SWR Fernsehen erarbeitet. In dieser und den später weiterentwickelten Fassungen fände sich der - zugegebenermaßen isoliert betrachtet - missverständlich formulierte Satz: „Über die endgültige Reihenfolge

entscheidet auf jeden Fall die Redaktion". Dieser aber besage nichts anderes als eine journalistische Selbstverständlichkeit: „Nämlich dass auch bei einer Votingsendung der Grundsatz gelten muss, dass die Programmverantwortlichkeit beim SWR verbleibt. Hätte ein Voting zu einer Auswahl geführt, die beispielsweise gegen die im Staatsvertrag über den Südwestrundfunk festgelegten Programmgrundsätze verstoßen hätte, dann wäre die Redaktion gezwungen gewesen, einzugreifen.“ Wichtig hierbei sei: „Im SWR ist es nie zu einem solchen Fall gekommen, deshalb hat diese Regelung in keinem einzigen Fall dazu geführt, dass die Redaktion gegen ein vorliegendes Zuschauer-Votum eine Sendung 'umgestaltet' und ausgestrahlt hat. Hätte ein Eingreifen der Redaktion jemals stattgefunden, versteht es sich von selbst, dass dies für die Zuschauer transparent vermittelt worden wäre.

Geradezu unredlich bei den erschienenen Artikeln sei, so der SWR, dass der entscheidende Fakt unterschlagen wird: „Beim SWR Fernsehen gibt es lange vor der aktuellen Diskussion um Manipulationen bei Votingshows überhaupt keine Sendungen mit Online-Votings mehr. Diese Abstimmungen über Reihenfolgen im Internet sind SWR-intern seit längerem kritisch diskutiert worden. Mit dem Ergebnis, dass sich der SWR von Voting-Formaten zurückgezogen hat. Inzwischen liegt solchen Sendungen eine redaktionelle Auswahl zugrunde, und dies wird den Zuschauerinnen und Zuschauern im Sprechertext auch transparent gemacht.“



ZDF Jahrbuch nur noch online erhältlich

Das aktuelle ZDF-Jahrbuch ist online ab sofort auf der ZDF-Unternehmensseite abrufbar. Darin enthalten sind der Bericht über den finanziellen Jahresabschluss 2012 sowie der Haushaltsplan 2014, eine Bilanz der Zuschauerredaktion, eine Chronik der wichtigsten Fernsehereignisse des abgelaufenen Jahres sowie ein zusammenfassender Bericht über die Ergebnisse des Werbejahres 2013. Darüber hinaus sind die Programmstatistiken zum ZDF-Hauptprogramm und den Partnerkanälen zu finden, ebenso die vollständige Programmchronik des ZDF und seiner Partnerkanäle 3sat, ARTE, KiKA und PHOENIX sowie der Digitalkanäle ZDFinfo, ZDFneo und ZDFkultur. Zudem gibt es Angaben zu Geschäftseinheiten und personeller Besetzung, eine Auflistung sämtlicher im Berichtsjahr verliehenen Fernsehpreise und Auszeichnungen, die Zusammensetzung der Gremien und

www.zdf-jahrbuch.de/2013

vieles mehr. Das ZDF-Jahrbuch wird erstmals nicht mehr als Print-Ausgabe ausgeliefert. Der Umfang wurde auf den bisherigen Dokumentationsband reduziert.



Tarifeinigung bei dpa

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat sich mit der Deutschen Presseagentur (dpa) auf ein Tarifiergebnis für die insgesamt rund 750 Beschäftigten bei der dpa-Mutter und den sechs journalistischen Tochterunternehmen geeinigt. Demnach werden die Einkommen rückwirkend ab Mai 2014 und ab Mai 2015 erneut um jeweils 80 Euro erhöht. Dazu kommt ein Einstieg in ein zusätzliches Urlaubsgeld von 600 Euro im Jahr 2014 und 600 Euro im Jahr 2015. Außerdem werden künftig gemäß der Regelung bei der dpa auch für die rund 170 Beschäftigten der Tochtergesellschaften Zuschüsse zum Krankengeld ab der siebten Woche der Arbeitsunfähigkeit gezahlt. Für die dpa-Mutter wurde der Manteltarifvertrag unverändert für die Laufzeit des Tarifabschlusses bis Ende Januar 2016 verlängert: „Der Aufbau von Manteltarifregelungen für die dpa-Tochterbeschäftigten war überfällig. Insgesamt ist das Ergebnis ein Erfolg, denn es sichert allen dpa-Kolleginnen und Kollegen höhere Einkommen und sozialen Schutz“, sagte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

Madsack nimmt streikbereiten Beschäftigten den Job

„Die Schließung nach 117 Streiktagen ist die zynische Machtdemonstration eines Konzerns, der seine Gewinnmargen durch Tarifflicht und Niedriglöhne sichern will“, sagte Frank Werneke, stellvertretender Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), zu den Plänen der Hannoverschen Madsack-Mediengruppe, das dortige Kunden-Service-Center (KSC) zu schließen. Knapp 90 Beschäftigte, die für die „Hannoversche Allgemeine“ und andere Konzernzeitungen den Telefonservice für Anzeigenkunden und Abonnenten erbringen, verlieren nun ihren Arbeitsplatz. Vor zwei Jahren hatte der Konzern angekündigt, das KSC zum führenden Servicecenter der Zeitungsbranche ausbauen zu wollen. Als jedoch die Beschäftigten nach mehr als zehn Jahren

ohne Lohnerhöhung begannen, für den Abschluss eines Tarifvertrages zu streiken, verlagerte Madsack Aufträge in andere Callcenter. „Hier bekämpft ein Konzern mit frühkapitalistischen Methoden Beschäftigte, die sich für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen einsetzen“, sagte Werneke zu den nun verkündeten Arbeitsplatzverlusten.

Die Auseinandersetzung im Hannoveraner KSC ist der längste Streik, der jemals in einem deutschen Zeitungskonzern geführt wurde. Erst nach mehr als 80 Streiktagen war die Geschäftsführung überhaupt bereit, mit ver.di Tarifverhandlungen zu führen. Diese waren jedoch schon nach kurzer Zeit abgebrochen worden, weil auf Arbeitgeberseite trotz weit reichender gewerkschaftlicher Kompromissangebote kein Einigungswille vorhanden war. Die Madsack-Mediengruppe, die derzeit ein konzernweites Sparprogramm („Madsack 2018“) umsetzt, bei dem in fünf Jahren die jährlichen Kosten um 40 Millionen Euro gesenkt werden sollen, gibt 18 regionale Tageszeitungen mit einer täglichen Gesamtauflage von 940.000 Exemplaren sowie 37 Anzeigenblätter heraus. Sie ist außerdem Miteigentümerin von regionalen Radio- und Fernsehsendern sowie privaten Postdienstleistern. Unter den insgesamt 28 Kommanditisten des Konzerns haben die SPD-Medienholding ddvg und Sylvia Madsack die größten Besitzanteile.



So nicht, Amazon! – Für einen fairen Buchmarkt

Der Verband deutscher Schriftsteller (VS), der PEN (Poets, Essayists, Novellists), das Syndikat sowie weitere Organisationen von Autorinnen und Autoren haben mit einem Offenen Brief die Aktion „Autorinnen und Autoren für einen fairen Buchmarkt“ gestartet. Auslöser ist das Vorgehen des Internethandelsunternehmens Amazon gegenüber der Verlagsgruppe Bonnier (dazu gehören unter anderem Berlin Verlag, Carlsen, Hörbuch Hamburg und Ullstein). Darin heißt es: „Das Versandhaus Amazon hat in der Auseinandersetzung um eine Erhöhung der Rabatte und der eBook-Beteiligungen die in diesen Verlagen publizierenden Autoren massiv benachteiligt. Ebooks, Hörbücher und Bücher der betroffenen Verlage werden mit zehn bis vierzehn Tagen Verzögerung ausgeliefert und aus den Empfehlungen gestrichen und damit auf 'unsichtbar' geschaltet.“ Die Autorinnen und Autoren fordern, sie und auch die Leserinnen und Leser nicht als Druckmittel im Kampf

Alles zur Aktion unter:
www.fairer-buchmarkt.de

um Händlerrabatte zu benutzen. 1655 Autorinnen und Autoren haben seit dem Start der Aktion Mitte August unterschrieben (Stand: 25. August). Zu ihnen gehören Imre Török, Fred Breinersdorfer, John von Düffel, Tanja Dückers, Elfriede Jelinek, Christian Delius und Günter Wallraff, Klaus Staeck, Uwe Timm. Auch in den USA hatten bereits mehr als 900 Autorinnen und Autoren gegen die Praktiken von Amazon protestiert.

Kritik: Zu wenig Frauen bei Münchner Medientagen

In einem offenen Brief hat die Journalistinnenvereinigung ProQuote gemeinsam mit dem Journalistinnenbund, BJFrau und webgrrls.de mehr Journalistinnen auf den Podien der Münchner Medientage gefordert. Diese hätten Vorzeigecharakter, heißt es in dem Schreiben von Mitte August. „Sie sollen Medienschaffende von der Vorstandsebene bis zu den Nachwuchskräften ansprechen. Medienberufe ziehen zu einem erheblichen Anteil Frauen an; in den journalistischen Vereinigungen sind sogar mehr als die Hälfte der Mitglieder weiblich. Auch im Medienmanagement finden sich immer mehr Frauen. Schade, dass sich diese Realität nicht in Ihrer Veranstaltung widerspiegelt,“ schreiben die Initiatorinnen an die Veranstalter. Der Anteil der Podiumsteilnehmerinnen beim größten deutschen Medienkongress liege leider seit Jahren konstant bei weit unter 20 Prozent. „Intendantinnen und Senderchefinnen, Programmdirektorinnen und Chefredakteurinnen, Justiziarinnen und Medienpolitikerinnen, Autorinnen und Werbefachfrauen, Technologie-Expertinnen und Web-Spezialistinnen – es gibt sie, aber sie kommen bei den MTM kaum vor. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass mit Miriam Meckel und Ines Pohl zweimal eine Frau die „Elefantenrunde“ zum Start moderieren durfte – denn die Elefanten bleiben fast ausnahmslos männlich. Die seit Jahren virulenter werdende Diskussion um mehr Frauen in Führungspositionen, nicht nur, aber auch in den Medien – an den Medientagen München scheint sie vorbei zu gehen“, bemängeln die Autorinnen. Der Geschäftsführer der Münchener Medientage Christopher Tusch schrieb dazu, man befürworte sehr die Besetzung von Frauen auf den Fachpodien. „Für die Eröffnungspanels der Medientage haben wir uns jetzt und auch in der Vergangenheit sehr bemüht, Vertreterinnen der Medienbranche zu gewinnen.“ Das gelte auch für den TV-Gipfel, zu dem man beispielsweise mit Shahrzad Rafati, Broadband TV, eine sehr renommierte Expertin eines internationalen Medienunternehmens habe gewinnen können. Die Tagesmoderation für Mittwoch, den 22. Oktober, und damit auch für die Eröffnungsveranstaltung übernehme in diesem Jahr die Fernseh- und Radiomoderatorin Jeannine Michaelsen. Die Medientage München als Europas größte Medienmesse seien

www.pro-quote.de

ein Spiegelbild der Branche. „Wir begrüßen eine starke Rolle von Frauen in der Medienbranche und wünschen uns einen höheren und ausgewogeneren Anteil von weiblichen Entscheidern in der Medienbranche sowie auf Diskussions- und Branchentagen wie den Medientagen München.“ Übrigens sei das Thema Frauen in den Medien auch im Programm „Frauen in Männerdomänen“ vertreten.



Kowalski & Schmidt vom RBB überwinden Grenzen

von Dieter Pienkny

Obwohl die polnische Grenze nur 75 Kilometer von der Hauptstadt entfernt ist, zeigen noch immer etliche Berlinerinnen und Berliner dem östlichen Nachbarn die kalte Schulter: Klischees sind zählebig. Auch Brandenburger fremdeln bisweilen noch. Seit mehr als 10 Jahren sendet der RBB mit seinem 14tägigen Magazin Kowalski & Schmidt dagegen an. Andersartige Gewohnheiten, Vorlieben, Mentalitäten der Nachbarn werden liebevoll in Reportagen gepackt. Hier wird dem polnischen Lebensgefühl nachgespürt und es werden neue Trends vorgestellt (Deutsche Fachleute suchen in Polen einen Job!). Die Kooperation von RBB und TVP Wroclaw gilt als einzigartig in den Grenzregionen Europas. Der MDR versuchte Ähnliches, warf jedoch nach wenigen Monaten bereits das Handtuch. Die Finanzierung erweist sich oft als Hemmschuh. Auch der RBB könnte ein Lied davon singen.

Der Autor ist Pressesprecher des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg und Mitglied im Rundfunkrat des RBB

Das zweisprachige Moderatoren-Team Ola Rosiak und Daniel Finger wirft kulturelle Schlaglichter auf deutsche und polnische Autoren sowie bildende Künstler in beiden Ländern, porträtiert weibliche Soldaten in der polnischen Armee, besucht türkischstämmige Zuwanderer in Berlin, die als Analphabeten ins Land kamen und nun stolz auf drei Kinder mit akademischem Hintergrund verweisen. Und es wird eine polnische Maklerin begleitet, die im Grenzgebiet zu Polen betuchte Landsleute mit deutschen Häusern versorgt (und damit auch einen Beitrag leistet, damit die kleinen Dörfer in der Grenzregion nicht aussterben). Neben dem Feuilleton kommen aber auch politische Berichte nicht zu kurz. So wenn über die EU-Mitgliedschaft eine anschauliche Zwischenbilanz gezogen wird. Manchmal schwingt sich das TV- Magazin sogar zu einem osteuropäischen Format auf, wenn es das Trauma der Ukraine namens Zwangskollektivierung unter Stalin beleuchtet. Oder wenn über einen Mord-

Prozess berichtet wird, in dem sich rechtsradikale Täter für ihr Gewaltverbrechen an ungarischen Roma verantworten müssen. Ein Thema, das auch arte auf den Plan rief und zu einer TV-Kooperation führte.

Auf die satirische Karte setzen Beiträge wie die des Clubs der polnischen Versager. Kabarettisten, die sich selbst und ihre Marotten auf die Schippe nehmen und das mitunter schwierige Verhältnis beider Länder humoristisch aufbereiten. Immerhin leben rd. 47.000 Polinnen und Polen in der deutschen Hauptstadt. Schließlich liefert der Sprach- und Wortwitz einiger Grundschüler aus einer deutsch-polnischen Europaschule in Berlin in der Sendung noch Einiges zum Schmunzeln, wenn es um sprachliche Besonderheiten in beiden Ländern geht: Kogel-Mogel heißt diese verbale Lockerungsübung aus dem Kindermund. Im Übrigen: Kowalski & Schmidt warten immer noch auf mediale Nachahmer in der ARD-Familie.

Medienlinks

Surfen in der Floskelwolke

Zwei Journalisten haben mit der „Floskelwolke“ ein Format entwickelt, Floskeln im Journalismus zu dokumentieren. Das ist lehrreich und unterhaltsam zugleich. Udo Stiehl und Sebastian Pertsch wollen so „dem professionellen Nachrichtengeschäft den Spiegel vorhalten“, wie sie nicht ganz floskelfrei auf ihrer Webseite schreiben. Zweimal täglich zeigt die Wolke, welche Phrasen gerade intensiv gedroschen werden. Dafür werten sie nach eigenen Angaben nahezu alle deutschsprachigen Zeitungen, Radio- und Fernsehsender sowie Magazine aus: 1600 Domains, die 2400 Medien repräsentieren. Auf der Seite findet man nicht nur die „Top-Floskeln“, sondern auch das „Top-Wachstum“, das aufzeigt, welche Floskeln noch häufiger als am Vortag gedroschen werden.

www.floskelwolke.de

Lesetipps

Landesmedienanstalten: Weniger private TV-Programme

Die Zahl der privaten Regional- und Lokal-TV-Programme in Deutschland ist im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen. Insgesamt waren zu Jahresbeginn 2014 deutschlandweit 232 solcher Angebote auf Sendung, ein Jahr zuvor waren es noch 264 Programme. Dies geht aus dem aktuellen Jahrbuch der Medienanstalten 2013/2014 hervor. Die Ausnahme stellt das landesweite Fernsehen mit 19 Programmen dar. Jürgen Brautmeier, Vorsitzender der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM), rief in diesem Zusammenhang zu verstärkten Anstrengungen auf, um die Situation auf lokaler Ebene zu verbessern: „Lokales Fernsehen ist ein wichtiger Faktor von lokaler Vielfalt, deshalb braucht es öffentliche Förderung. Nur dann kann es den Konkurrenzkampf in der digitalen Welt bestehen.“

Das Jahrbuch wird herausgegeben von der ALM GbR. Es erscheint im Vistas-Verlag und ist zum Preis von 25,00 Euro im Buchhandel erhältlich (ISBN 978-3-89158-601-3) oder direkt über den Verlag bestellbar.

www.vistas.de

Das „Jahrbuch 2013/2014 – Landesmedienanstalten und privater Rundfunk in Deutschland“ liefert mit einer Fülle von Daten und Fakten einen Überblick über die Rundfunklandschaft in Deutschland. Es skizziert die Herausforderungen der medialen Zukunft und dokumentiert nicht nur die Arbeit der 14 Landesmedienanstalten, sondern auch deren länderübergreifende Zusammenarbeit in den gemeinsamen Gremien und Kommissionen wie ZAK (Kommission für Zulassung und Aufsicht), DLM (Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten), GVK (Gremienvorsitzendenkonferenz), KEK (Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich) und KJM (Kommission für Jugendmedienschutz).

Veranstaltungen

Mitbestimmung und Transparenz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk - Medienpolitische Tagung von ver.di

28./29. Oktober 2014

Die Tagung richtet sich sowohl an gewerkschaftliche Mitglieder in Rundfunkgremien als auch an sonstige medienpolitisch Interessierte. Expertinnen und Praktiker diskutieren über die Anforderungen an die Transparenz und Mitbestimmung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Unter anderem sprechen Georg Mascolo und Jacob Augstein über Kooperationen von Qualitätsmedien,

Das gesamte Programm:
<http://tinyurl.com/qc4qqvd>
Anmeldung per Mail an:
stephan.kolbe@ver.di.de

Thomas Roth stellt die Ukraine-Berichterstattung der ARD vor und Marc Jan Eumann berichtet zum Stand der Beratungen zum neuen ZDF-Staatsvertrag. Außerdem: Wie informieren die Gremien über ihre Arbeit und welche Chancen bietet ihnen eine gute Informationspolitik?

Medienpolitische Tagung der Otto-Brenner-Stiftung Preisverleihung

28. Oktober 2014
14.00 bis 19.30 Uhr

Pullman Berlin Schweizerhof
Budapester Str. 25
10787 Berlin

Zum 10. Mal verleiht die Otto-Brenner-Stiftung (obs) ihre Preise für kritischen Journalismus. Auch in diesem Jahr verbindet sie damit eine medienpolitische Diskussion. Im Mittelpunkt stehen die TV-Politik-Magazine. Im Frühjahr 2015 erscheint zu diesem Thema eine groß angelegte Studie der obs, die der Frage nachgeht, wie politisch die Politik-Magazine (noch) sind. Zum Auftakt diskutieren ehemalige Magazin-Journalistinnen und -Journalisten mit Programm-Verantwortlichen von heute. Es soll über Themenauswahl und journalistische Leistungen gestritten und konstruktive Anregungen für künftigen kritischen politischen Magazin-Journalismus sollen gegeben werden. Diskutierende sind: Monika Wagener (Monitor), Astrid Frohloff (Kontraste), Peter Merseburger (ehem. Panorama) und Claus Richter (ehem. Frontal 21).

www.otto-brenner-stiftung.de

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand,
Referat Medien- und
Kulturpolitik,
Henriette-Herz-Platz 2,
10178 Berlin

Redaktion:
Dr. Sabine Nehls

Tel: 0172-72 515 98
sabine.nehls@dgb.de

Der DGB-medien-newsletter
kann abonniert werden über:
www.dgb.de/service/newsletter